

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM

**bm:bwk**Bundesministerium für  
Bildung, Wissenschaft  
und Kultur

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol  
 Parlament  
 1017 Wien

XXII. GP-NR  
2697/AB

2005-05-02

GZ 10.000/0017-III/4a/2005

zu 2713/J

Wien, 2. Mai 2005

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2713/J-NR/2005 betreffend „Verlässliche Schule“, die die Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser, Kolleginnen und Kollegen am 2. März 2005 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Ad 1.:

Im Bereich der Bundesschulen gibt es dazu sehr detaillierte Daten. Eine Analyse des abgelaufenen Schuljahres 2003/04 zeigt, dass der Anteil jener Stunden, die nicht suppliert werden und daher ersatzlos entfallen, bei 2,6 % liegt. Im Bereich der Pflichtschulen, wo die Personalhoheit bekanntlich bei den einzelnen Bundesländern liegt, gibt es verwaltungsinterne Analysen sowie die in der Anfrage genannte Studie des Zentrums für Schulentwicklung.

Ad 2. und 3.:

Da die Daten im Bereich der Bundesschulen Rückschlüsse auf personenbezogene Daten und Einzelpersonen zulassen - beispielsweise auf den Gesundheitszustand einzelner Lehrerinnen und Lehrer - sind diese nicht allgemein zugänglich und können auch nicht zugänglich gemacht werden.

Im Bereich der Pflichtschulen gibt es dazu verwaltungsinterne Analysen, aber keine vollständigen Daten. Aus diesem Grund wurde die in der Anfrage genannte Studie des Zentrums für Schulentwicklung in Auftrag gegeben.

Ad 4.:

Ziel der Initiative „Verlässliche Schule“ und einzelner Ergebnisse des Reformdialoges Bildung vom 14. Februar 2005 ist es, dass möglichst wenige Unterrichtsstunden entfallen. Um die Abwesenheit der Lehrerinnen und Lehrer während der Unterrichtszeit wegen Fortbildungen zu verringern, werden derzeit entsprechende Maßnahmen im Bereich der Fort- und Weiterbildung erarbeitet. In Zukunft soll die Fort- und Weiterbildung vorwiegend in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden. Es ist ein Schulpaket in Ausarbeitung, das dem Ziel eines „verlässlichen Unterrichts“ verstärkt Rechnung tragen wird.

Die Bundesministerin:

